

Antrag

Initiator*innen: LPT // Protokoll

Titel: **Für die Gleichberechtigung: Elternzeit geht uns alle an**

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-*
2 *Bundesparteitag weiterleiten:*

3 Wir fordern die Einführung eines Elternzeitkonzepts, durch welches sich die
4 beiden Erziehungsberechtigten in gleicher Weise in die Erziehungsarbeit
5 einbringen können. Das Elterngeld wird für achtzehn Monate gezahlt, wobei sich
6 das zweite Elternteil mit mind. 6 Monaten beteiligen soll. Die Elternzeit kann
7 auch parallel genommen werden. Die wegfallenden Einkommen, welche zuvor
8 mindestens für 12 Monate bezogen wurden, werden oberhalb des Mindestelterngelds
9 vollständig und dann ab 1000 EUR Netto degressiv abnehmend bis zum Höchstsatz
10 von 1800 EUR ersetzt, so dass sich Bezieher:innen kleinerer Einkommen auf ein
11 auskömmliches Elterngeld verlassen können. Die Elternzeit kann in den ersten 3
12 Lebensjahren des Kindes genommen werden. Alleinerziehenden stehen die Monate
13 komplett zur Verfügung.

14 Weiterhin soll die Einführung einer Vaterschaftsfreistellung anlässlich der
15 Geburt das Elterngeldkonzept ergänzen. Hierfür sind zehn Tage Vaterschaftsurlaub
16 zu gewähren, die direkt nach der Geburt des Kindes genommen werden können. Die
17 Urlaubsregelung soll jeweils für das Elternteil gelten, dass das Kind nicht
18 geboren hat. Die Tage werden vom Elternzeitanspruch abgezogen. Das Gehalt wird
19 während der Vaterschaftsfreistellung zu 100 Prozent weitergezahlt und als

20 versicherungsfremde Leistung der Krankenversicherung finanziert. Damit wird eine
21 2019 beschlossene EU-Vereinbarkeitsrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt.

Begründung

22 Sowohl Männer als auch Frauen sind durch die praktischen Gegebenheiten der
23 aktuellen Elternzeitgesetzgebung benachteiligt. Durch den Mangel an Anreizen und
24 die geringe Akzeptanz, dass Väter längere Elternzeiten nehmen, werden tradierte
25 Rollenbilder verfestigt und an die nächste Generation weitergegeben. Väter haben
26 dadurch weniger Chancen, die frühe Entwicklung ihrer Kinder zu begleiten und
27 aktiv zu gestalten. Mütter hingegen werden aufgrund der bisher bestehenden
28 praktischen Gegebenheiten und der gesellschaftlichen Erwartungen dazu gedrängt,
29 ihre berufliche Laufbahn auf Eis zu legen. Dadurch entsteht ein Ungleichgewicht
30 in der Beteiligung an der aktiven Erziehung der Kinder. Beide Elternteile
31 erfahren dadurch Nachteile. Zugleich stellt bei Bewerbungen die Erwartung
32 potenzieller Arbeitgeber*innen, dass eine junge Frau in absehbarer Zeit aufgrund
33 eines unterstellten Kinderwunsches durch Mutterschutz und Erziehungszeit
34 ausfallen könnte und deswegen ein Mann (unbewusst) für die Arbeitsstelle
35 bevorzugt wird, eine weitere strukturelle Diskriminierung dar, die wir
36 abschaffen müssen. Nur dann, wenn der Ausfall von Männern und Frauen nach der
37 Geburt eines Kindes gleich wahrscheinlich ist, werden wir einen substanziellen
38 Beitrag dazu leisten, den Gender Pay Gap (Geschlechtereinkommenslücke) zu
39 verkleinern. Gemäß Art. 3 (2) GG müssen wir die tatsächliche Durchsetzung der
40 Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördern und auf die Beseitigung
41 bestehender Nachteile hinwirken. Der vorliegende Antrag beseitigt ein massives
42 strukturelles **Gleichberechtigungsproblem**.